

Antrag

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 10.05.2026)

Titel: Unsere technologische Souveränität ist überlebenswichtig - Lets start acting like it!

Antragstext

1. Technologische Souveränität ist überlebenswichtig!

Unsere digitale Souveränität ist fundamentale Voraussetzung für demokratische Selbstbestimmung und staatliche Handlungsfähigkeit, gerade in Krisen.

Technologie ist heute das Rückgrat unserer Gesellschaft. Wer die Software kontrolliert, kontrolliert den Zugang zu Informationen und die Art und Weise, wie diese verarbeitet werden. Eine Abhängigkeit von US-Konzernen bedeutet nicht nur wirtschaftliche Vulnerabilität, sondern auch ein massives Sicherheitsrisiko. Im Zeitalter von Cyberangriffen, staatlicher Überwachung und geopolitischen Spannungen ist es unverantwortlich, kritische Infrastruktur des Landes Niedersachsen in den Händen von Unternehmen zu belassen, die dem US-Recht unterliegen und deren Interessen nicht mit denen der europäischen Bürger*innen übereinstimmen.

2. Aber Abhängigkeiten werden weiter vorangetrieben!

Trotz der politischen Debatte um das Thema und der Notwendigkeit zur technologischen Unabhängigkeit wird aktuell flächendeckend die Einführung von Microsoft Office 365 (bzw. dem neuen Microsoft 365) vorangetrieben.

Mit gravierenden Konsequenzen:

- **Finanzielle Belastung:** Das Land Niedersachsen zahlt jährlich Millionenbeträge an Lizenzgebühren an US-Unternehmen, anstatt diese Mittel in die Entwicklung lokaler und europäischer IT-Strukturen und in offene Standards zu investieren.
- **Lock-in-Effekt:** Durch die Einführung proprietärer Formate und cloudbasierter Dienste wird das Land langfristig an Microsoft gebunden. Ein späterer Wechsel wird durch hohe Migrationskosten und technische Hürden immer unwahrscheinlicher.
- **Verpasste Chancen:** Während andere Bundesländer und Kommunen bereits auf Open-Source-Lösungen setzen, vertieft Niedersachsen seine Abhängigkeit.

3. Alternativen: Der Weg zur digitalen Selbstbestimmung

- **Monopolstellung und Marktverzerrung:** Microsoft nutzt seine marktbeherrschende Stellung, um Preise zu diktieren und Wettbewerb auszuschließen. Proprietäre Formate (.docx, .xlsx) erschweren den Austausch mit Bürger*innen und anderen Behörden, die andere Systeme nutzen.

Es gibt bewährte, leistungsfähige und sichere Alternativen, die eine vollständige Ablösung von US-Software ermöglichen. Der Fokus und die staatliche Förderung sollte auf Open-Source-Lösungen liegen, die in Europa entwickelt und gehostet werden:

- **Büroanwendungen:** Statt Microsoft Office kann **LibreOffice** verwendet werden. LibreOffice nutzt einen offenen Standard und ist voll funktionsfähig für den administrativen Alltag. Für kollaboratives Arbeiten bieten sich **Collabora Online** oder **Nextcloud** als Plattformen an.
- **Kommunikation und E-Mail:** Hier ist **Proton** ein hervorragendes Beispiel. Proton bietet Ende-zu-Ende-verschlüsselte E-Mails, Video Calls, einen Kalender und Cloudspeicher an. Dabei ist Proton eine europäische Firma, die auf Open Source und hohe Datenschutzstandards setzt und der DSGVO unterliegt.
- **Betriebssysteme:** Die Migration auf Linux-Distributionen wie **Debian**, **Ubuntu** oder speziell auf die verschiedenen Bedürfnisse angepassten Linux-Versionen ist technisch längst ausgereift und bietet mehr Sicherheit, Schnelligkeit und Stabilität als Windows.

Diese Lösungen sind nicht nur sicherer, sondern oft kostengünstiger, da keine Lizenzgebühren anfallen und die Software frei weiterentwickelt werden kann und auch anpassbar an die jeweiligen Bedürfnisse der Behörden ist.

4. Social Media: Der Kampf um die demokratische Debattenkultur

Besonders kritisch ist die Abhängigkeit von US-Social-Media-Plattformen wie X, Meta (Facebook, Instagram, Threads) und TikTok. Diese Plattformen sind nicht neutrale öffentliche Plätze, sondern kommerzielle Produkte, deren Geschäftsmodell auf der Maximierung von Aufmerksamkeit und dem Konsum von Werbung durch algorithmische Manipulation beruht.

- **Politische Manipulation und Algorithmus-Transparenz:** Die Algorithmen dieser Konzerne sind proprietär und intransparent. Sie priorisieren Inhalte, die Wut, Polarisierung und emotionale Reaktionen hervorrufen, da dies die Nutzer*innenbindung erhöht. Dies führt zu einer gezielten Destabilisierung des gesellschaftlichen Diskurses und begünstigt die Verbreitung von Desinformation und Verschwörungsmythen. Eine demokratische Gesellschaft kann sich nicht auf Plattformen verlassen, deren Regeln und Sichtbarkeitsmechanismen willkürlich geändert werden.
- **Echokammern und der Verlust des Dialogs:** Durch die personalisierte Filterblasenbildung werden Nutzer*innen zunehmend nur noch mit Meinungen konfrontiert, die ihre eigenen bestätigen. Dies zerstört die Grundlage für einen konstruktiven gesellschaftlichen Dialog. Der Austausch unterschiedlicher Perspektiven wird unterbunden, was zu einer Radikalisierung und einer Fragmentierung der Gesellschaft führt.
- **Datenhoheit und Überwachung:** Die massenhafte Sammlung von Verhaltensdaten durch diese Konzerne ermöglicht detaillierte individuelle Profile, die für gezielte politische Werbung und Manipulation genutzt werden können. Dies kann die Integrität von Wahlen untergraben und manipuliert die politische Meinungsbildung.
- **Betrügerische Werbung:** Social-Media-Plattformen dulden von Ihnen selbst als betrügerisch eingestufte Werbung systematisch, solange sie profitabel bleibt. Statt Nutzer vor Scams, Phishing und Fake-Shops zu schützen, monetarisieren sie deren Anfälligkeit – und machen aus Betrugsanzeigen lediglich ein teureres Geschäft für die Schalter.
- **Datenhoheit und Überwachung:** Die massenhafte Sammlung von Verhaltensdaten

durch diese Konzerne ermöglicht detaillierte individuelle Profile, die für gezielte politische Werbung und Manipulation genutzt werden können. Dies untergräbt die Integrität von Wahlprozessen und die politische Meinungsbildung.

6. Forderungen der GJ-Niedersachsen

Vor diesem Hintergrund möge die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Niedersachsen beschliessen:

Vor diesem Hintergrund beschliesst die Grüne Jugend Niedersachsen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten und über B90/DIE GRÜNEN für Folgendes einzusetzen:

1. **Stopp der Microsoft-Verträge:** Die laufenden Verträge zur flächendeckenden Einführung von Microsoft Office 365 müssen überprüft und, wo möglich, gekündigt oder nicht verlängert werden.
2. **Migrationsstrategie zu Open Source:** Das Land Niedersachsen braucht einen verbindlichen Fahrplan zur Migration auf Open-Source-Software (Linux, LibreOffice, Nextcloud). Dies gilt insbesondere für Schulen, Universitäten und Behörden.
3. **Förderung europäischer und dezentraler Alternativen:** Bei der Vergabe von IT-Dienstleistungen und bei der öffentlichen Kommunikation müssen europäische Open-Source-Lösungen und dezentrale Social-Media-Instanzen Vorrang haben. Der Einsatz von nicht europäischen Plattformen darf nur noch als Übergangslösung mit strengen Auflagen genehmigt werden.
4. **Schulung und Unterstützung:** Es braucht ein umfassendes Schulungsprogramm für Beschäftigte im öffentlichen Dienst, um den Wechsel zu neuen Softwarelösungen zu ermöglichen und eine kritische Nutzung sozialer Medien und KI-Tools zu gewährleisten.
5. **Transparenz und Partizipation:** Die Bevölkerung und die Beschäftigten sollen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Die Vorteile freier Software und einer souveränen digitalen Infrastruktur für Demokratie und Datenschutz müssen kommuniziert werden.
6. **Social-Media-Plattformen in die Verantwortung nehmen:** Social-Media-Plattformen müssen stärker reguliert und die zugrundeliegenden Algorithmen veröffentlicht werden um unsere Demokratie zu schützen und zu stärken.

118 Wir glauben daran, dass ein modernes, grünes Niedersachsen Vorreiter in Sachen
119 digitaler Souveränität sein kann. Es ist Zeit, die Kontrolle über unsere
120 digitale Zukunft zurückzugewinnen, die demokratische Debattenkultur zu schützen
121 und uns von ausländischen Abhängigkeiten zu lösen!

122 Microsoft-Verträge stoppen. Plan für Umstellung auf freie Software erstellen.
123 Europäische Alternativen bevorzugen. Mitarbeitende schulen. Bevölkerung
124 informieren